

Reihe „1x1 der Wirtschaft“

Öffentliche Vorlesungsreihe des Instituts für Ökonomische Bildung (IÖB)
An-Institut der Carl von Ossietzky Universität und wigy e. V.

25. Juni 2013

Zusammenfassung

Von Tellerwäschern und Millionären: Was bedeutet soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft?

Prof. Dr. Thomas Apolte
Centrum für Interdisziplinäre Wirtschaftsforschung
an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster



1. Was ist soziale Gerechtigkeit, oder was könnte das sein?

Kaum ein Begriff findet sich in den Medien so häufig wie der Begriff der sozialen Gerechtigkeit. Zugleich gibt es kaum einen Begriff, der so schillernd und unklar ist. Das liegt unter anderem daran, dass sich mit dem Begriff der Gerechtigkeit kein objektiver Tatbestand beschreiben lässt, sondern dass es immer dem Urteil des Betrachters überlassen bleiben muss, was gerecht ist und was nicht.

So streiten wir uns denn fast allabendlich in den Medien über die Frage, ob es in Deutschland sozial gerecht zugeht - und kommen dabei selten zu verwertbaren Ergebnissen. Der Ökonom, Sozialphilosoph und Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek hat den Begriff soziale Gerechtigkeit einmal als „Wieselwort“ bezeichnet, weil man diesen Begriff ähnlich wie ein Wiesel kaum fassen kann, ohne dass es einem gleich wieder entwischt. Wie kommt es dann, dass der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ offenbar ein Lieblingsbegriff der Deutschen ist, obwohl wir ihn nie recht fassen können und selten einig darüber sind, was wir damit überhaupt meinen?

In den letzten Monaten sind gleich vier verschiedene Studien über die Gerechtigkeit der Verteilung von Einkommen und Vermögen erschienen. Alle diese Studien haben für viel Aufregung gesorgt, und vor allen der Bundesregierung wurde schon im Vorfeld der Veröffentlichung des neuen Armuts- und Reichtumsberichts vorgeworfen, die Lage der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland zu beschönigen. Sieht man sich die Studien allerdings genauer an, so findet man, dass in keiner dieser Studien „gemogelt“ oder beschönigt wurde. Genau genommen findet man sogar die Widersprüche nicht, von denen in den Medien viel die Rede war. Fast alle Daten und Zahlen beruhen auf denselben Quellen, und sie finden sich häufig in dieser wie in jener Studie wieder. Was indes unterschiedlich ist, das ist der Blickwinkel und damit das Kriterium, nach dem bewertet oder zumindest nahegelegt wurde, was sozial gerecht ist und was nicht. Hier sind einige mögliche Kriterien zur Beurteilung der Frage, ob es sozial gerecht zugeht oder auch nicht:

- Ist die Verteilung des Geld- und Sachvermögens sozial gerecht?
- Ist die Verteilung des Bruttolohneinkommens sozial gerecht?
- Ist der Umfang der Umverteilung von Bruttolohneinkommen zu Nettolohneinkommen sozial gerecht?
- Sind die Unterschiede in den Nettohaushaltseinkommen sozial gerecht?
- Ist das Niveau der niedrigsten Löhne sozial gerecht?
- Sind die sozialen Zuwendungen an Arbeitslose oder Geringverdiener sozial gerecht?
- Ist das Niveau der Spitzengehälter sozial gerecht?
- Sind die Bildungschancen sozial gerecht verteilt?
- usw.

In den medialen Schlachten um die soziale Gerechtigkeit gehen diese Aspekte meist hoffnungslos durcheinander. Aber allein schon hinter jedem einzelnen dieser Kriterien verbirgt sich regelmäßig eine Unzahl von Definitions-, Mess- und Beurteilungsproblemen. Mehr noch: Man kann sich im Grunde jedes beliebige Kriterium herausgreifen und dann auf

der Basis von grundsätzlich unstrittigen Zahlen entweder scheinbar objektiv belegen, dass es in Deutschland sozial ungerecht, oder dass es sozial gerecht zugeht. Und was das Verwirrende daran ist: Man kann alles dies jeweils mit einiger Berechtigung tun. Man kann also allein schon mit einem Kriterium Verwirrung stiften. Erst recht redet man aneinander vorbei, wenn man gleich mehrere Kriterien gleichzeitig verwendet.

Es hat also nicht viel Sinn, von sozialer Gerechtigkeit *per se* zu sprechen, denn es gibt keine Einigkeit darüber, was das sein könnte, und es wird eine solche auch niemals geben können. Was kann man aber tun? Ein Weg ist dieser:

- Man definiert ausdrücklich eine Reihe von Kriterien, welche etwas über die Lebenssituation der Menschen einem Land aussagen können, und erstellt auf dieser Basis ein differenziertes Bild.
- Man definiert dann Zielwerte oder Korridore für jedes Kriterium und prüft, ob die aktuellen Daten eine Abweichung anzeigen.
- Schließlich analysiert man die möglichen Gründe für solche Abweichungen und entwickelt ggf. Maßnahmen, mit deren Hilfe die Abweichungen reduziert oder beseitigt werden können.

Auch bei einem solchen Verfahren wird es naturgemäß Uneinigkeit über die Kriterien, über die Messung und über die Frage geben, welche Zielwerte oder Korridore akzeptabel sind. Aber man ist nicht gezwungen, die Vielschichtigkeit der Fragen in einem einzigen Begriff zusammenzufassen, der dann wieder alles oder auch nichts bedeuten kann. Im Folgenden finden sich ein paar der prominentesten Kriterien und ein paar Hinweise zur jeweiligen Situation in Deutschland. Allein anhand dieser Kriterien wird sogleich sichtbar werden, dass eine zusammenfassende Aussage darüber unmöglich ist, ob es in Deutschland grundsätzlich sozial gerecht zugeht oder nicht. Auch beliebte Aussagen wie jene, wonach „Reiche immer reicher und Arme immer Ärmer werden“, verlieren schnell ihren Inhalt, wenn man einmal nach verschiedenen Kriterien differenziert. Das heißt allerdings beileibe nicht, dass man umgekehrt mit Recht behaupten könne, dass es keine Schere zwischen Arm und Reich gebe, dass sich eine solche nicht öffnen würde und dass es daher im Gegenteil sozial gerecht zugehe. Es bedeutet vielmehr, dass man diese wie jene Aussagen stets mit einiger gewissen Berechtigung tätigen kann, sie aber immer ohne Inhalt bleiben. Daher wird man sich zwingen müssen, ein differenziertes Bild für jedes Land und zu jedem Zeitpunkt zu erstellen.

2. Soziale Gerechtigkeit und Einkommensverteilung

Die Verteilung der Bruttoeinkommen in der Bundesrepublik Deutschland ist in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts zunächst etwas ungleicher geworden. Seit 2004 ist diese Tendenz allerdings wieder rückläufig, so dass sich die Ungleichheit der Bruttoeinkommensverteilung zwischen dem Ende der 1990er Jahre und heute wenig verändert hat. Allerdings spreizt sich die Verteilung zwischen gut und gering oder gar nicht qualifizierten Arbeitnehmern weltweit auf, und dies gilt auch für Deutschland. Daraus erklärt sich ein Teil der Zunahme der Niedriglohnquote, die von 2000 bis 2010 von zunächst 20 auf zuletzt

23 Prozent gestiegen ist. Im Vergleich zu anderen Ländern ist das Zurückbleiben der Löhne gering qualifizierter Beschäftigter allerdings weniger dramatisch ausgefallen als in anderen Ländern. Dies steht in einem gewissen Kontrast zu der starken Medienpräsenz des Problems. So gibt es weniger als 200.000 Vollzeitberufstätige, die aufgrund niedriger Löhne ergänzende Sozialhilfe erhalten („Aufstocker“), weil ihr Monatseinkommen sonst zur Deckung des sozio-kulturellen Existenzminimums nicht reichen würde. Der bei weitem größte Teil der „Aufstocker“ sind Personen, die aus den verschiedensten Gründen nur teilzeitbeschäftigt sind.

Die Nettoeinkommen sind grundsätzlich wesentlich weniger ungleich verteilt als die Bruttoeinkommen. Dies gilt zwar nicht allein für Deutschland, allerdings liegt Deutschland bei der Steuerprogression ebenso wie bei der Sozialleistungsquote international an der Spitze, so dass zumindest im internationalen Vergleich sowie im zeitlichen Vergleich eine vergleichsweise starke Umverteilung zugunsten unterer Einkommensschichten stattfindet. Dies gilt am stärksten für die untersten Einkommensschichten.

3. Soziale Gerechtigkeit und Vermögensverteilung

Das Vermögen ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern ungewöhnlich ungleich verteilt. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte verfügen über knapp 60 Prozent des Nettovermögens aller Haushalte. Im Euroraum verfügen die reichsten zehn Prozent dagegen nur über knapp 47 Prozent des Nettohaushaltsvermögens. Der Medianhaushalt verfügt in Deutschland über ein Nettovermögen von gut 51.000 Euro, während der Median im Euroraum ohne Deutschland bei über 140.000 Euro liegt.

Die Gründe für diese Ungleichheit sind vielschichtig. Sie wurden im jüngsten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank ausführlich analysiert. Demnach hängen sie unter anderem mit dem niedrigen Vermögen in den neuen Bundesländern zusammen, andererseits aber auch mit der geringen Wohneigentumsquote Deutschlands im europäischen Vergleich. Berücksichtigt man zudem die vergleichsweise hohen Rentenansprüche der Deutschen, so ergibt sich erneut ein anderes Bild.

4. Soziale Gerechtigkeit als Armut

Von Armut im Sinne der international üblichen Definitionen kann man in Deutschland eigentlich nicht sprechen. Wenn überhaupt, so wäre in Deutschland arm, wer weniger als 50 Prozent des Nettodurchschnittseinkommens zur Verfügung hat. Dies wird aber durch die Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch II (Arbeitlosengeld II, das Sozialgeld und die Sozialhilfe) verhindert, deren Höhe gerade so definiert ist, dass sie Armut in diesem Sinne verhindern. Daher spricht der jüngste Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung von einem Armutsrisiko, wenn ein Haushalt über weniger als 60 Prozent des Nettodurchschnittseinkommens verfügt. Die Armutsrisikoquote ist von 2000 bis 2011 von zunächst 12 auf etwa 15 Prozent gestiegen, war zuletzt aber wieder rückläufig. Ein klarer Trend ist insofern nicht erkennbar.

Das Armutsrisiko resultiert allerdings vor allem aus sozio-demographischen Faktoren. So gehören gut 46 Prozent der Alleinerziehenden mit einem Kind und sogar mehr als 62 Prozent der Alleinerziehenden mit zwei Kindern zur Armutsrisikogruppe, aber nur 7 Prozent der Paarhaushalte mit zwei Kindern.

5. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Bildungszugang

Zur Verwirklichung von Chancengleichheit ist weniger die unterschiedlich materielle Ausgangsausstattung seitens des Elternhauses relevant, sondern heute vor allem der frühe Zugang zu Bildung im breitesten Sinne. Zwar sind diese beiden Dinge eng miteinander korreliert, doch fällt auf, dass der Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen in Deutschland sehr eng mit dem Bildungsstand der Eltern zusammenhängt. Wenn man zusätzlich berücksichtigt, dass die beruflichen Verdienstmöglichkeiten innerhalb der vergangenen 20 Jahre immer stärker vom Bildungsstand abhängig wurden, so fällt dem Zugang zu Bildung eine zentrale Bedeutung für die Verwirklichung von Chancengleichheit zu. Dies festzustellen, ist freilich eine Sache; ein entsprechendes Umfeld zu schaffen, eine andere. Einerseits muss es ein legitimes Anliegen von Eltern bleiben, ihren Kindern von der frühkindlichen Phase an eine bestmögliche Bildung zukommen zu lassen. Andererseits sind in dieser Hinsicht gerade jene benachteiligt, die selbst eine solche Bildung nicht genießen und daher auch nur in bedingtem Maße an ihre Kinder weitergeben konnten. Hieraus ergeben sich vielfältige Zielkonflikte: Wie weit darf oder soll der Staat in das vorrangige Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder eingreifen? Wie weit darf der Staat in die Bemühungen von Eltern mit hohem Bildungsstand um eine möglichst gute Bildung ihrer Kinder zugunsten von Kindern aus weniger bildungsnahen Hintergründen eingreifen? Gibt es in dieser Hinsicht überhaupt einen Konflikt? Ab wann kann und soll frühkindliche Bildung ansetzen? Dies sind nur einige wenige Fragen.

Deutschland liegt mit seinen Ausgaben für frühkindliche Bildung deutlich unter dem Durchschnitt anderer OECD-Länder, vor allem bei den unter 3-jährigen Kindern. Außerdem weist Deutschland eine vergleichsweise geringe Bildungsmobilität auf.

Wenn wir also ein paar Auffangkriterien für die Frage anwenden, wie es um soziale Gerechtigkeit in Deutschland bestellt ist, dann werden wir bei den Bruttolöhnen kaum fündig und noch weniger bei den Nettolöhnen; am wenigsten schließlich bei den Sozialleistungsquoten. Auch das Armutsrisiko ist in Deutschland im weltweiten Vergleich sehr niedrig. Generell ist damit der Zugang zu materiellen Gütern und auch zur Gesundheitsversorgung in Deutschland auf einem Niveau, welches historisch betrachtet und auch im internationalen Ländervergleich sehr großzügig ausfällt, und hieran hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten keine Änderung ergeben. Was sich indes deutlich geändert hat, sind die sozio-demographischen Hintergründe, welche aufgrund der Tendenz zu Singlehaushalten und Alleinerziehenden, aber auch aufgrund von Migrationsproblemen neue Herausforderungen an die Sozialpolitik begründet haben.

Worin sich Deutschland allerdings in der Tat auffällig gegenüber anderen Industrieländern abhebt, ist die soziale Mobilität. Hier weist Deutschland offenbar noch starke Züge

hierarchischer Strukturen auf. Wer einer bestimmten sozialen Schicht angehört, wird seine Kinder mit international vergleichsweise großer Wahrscheinlichkeit auch wieder in diese Schicht entlassen. Das liegt weniger an der ebenfalls relativ ungleichen materiellen Vermögensverteilung als vielmehr am Zugang zu Bildung. Hier dürfte daher der Schlüssel für die soziale Gerechtigkeit von morgen liegen. Fast alle politisch Verantwortlichen vergessen das nicht, dies in Sonntagsreden zu betonen. Das politische Handeln steht dann aber auf einem anderen Blatt.



INSTITUT FÜR ÖKONOMISCHE BILDUNG
an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg



Institut für Ökonomische Bildung gemeinnützige GmbH
und Geschäftsstelle des wigy e. V.

Bismarckstraße 31

26122 Oldenburg

Tel.: +49-441-361303-13

Fax: +49-441-361303-99

Mail: info@ioeb.de

Internet: www.ioeb.de und www.wigy.de